

Über die Zahl der Selbstzahler lägen keine genauen Informationen vor, da weder die Regierung noch die Staatliche Erziehungskommission darüber eine Kontrolle hätten. Man schätze deren Zahl aber auf mindestens 3.000 pro Jahr.

Nach wie vor ginge der größte Anteil der Auslandsstudenten in die USA. In diesem Jahr würden 4.600 Studenten in die USA geschickt, davon seien 600 Regierungsstipendiaten, während 4.000 von ihren jeweiligen Einheiten entsandt und finanziert würden. Diese Zahlen entsprächen etwa denen des Jahres 1987, und auch in bezug auf die Selbstzahler werde sich hier nichts ändern. Es könne also keine Rede davon sein, daß die Regierung insbesondere in die USA weniger Studenten schicken wolle (RMRB, XNA, 6.4.88). Es sei ganz normal, daß der Staat Anpassungen vornehmen würde, denn die staatlicherseits entsandten Studenten würden nach dem Bedarf des Staates ausgesucht. So würde man beispielsweise jetzt hauptsächlich Studenten der angewandten Wissenschaften im Ausland studieren lassen, und hier in erster Linie fertige Wissenschaftler und Promovierte, weniger Studenten ohne Examen oder solche, die ihren Magister machen wollen. Eine dritte Anpassung betreffe die Verteilung der Auslandsstudenten auf die verschiedenen Länder. Hier wolle man die Kapazitäten der Länder besser ausnützen, in denen bisher relativ wenig Chinesen studieren. (Im Klartext heißt das, daß weniger Studenten in die USA geschickt werden sollen.) Auf diese Weise solle auch vermieden werden, daß sich zu viele Chinesen an einer Universität konzentrierten.

Der Sprecher äußerte sich auch zu dem heiklen Problem der Rückkehr der Auslandsstudenten. In den vergangenen neun Jahren habe China über 40.000 Studenten zum Studium in gut 70 Länder geschickt; von diesen seien bisher über 20.000 zurückgekehrt. Die Studenten seien planmäßig und entsprechend den Bedürfnissen Chinas ins Ausland geschickt worden, und es sei ihre Pflicht und Aufgabe, nach Beendigung ihrer Studien innerhalb der festgesetzten Frist nach Hause zurückzukehren und sich der Modernisierung des Vaterlandes zu widmen. Dies sei auch das gemeinsame Anliegen der überwiegenden Mehrheit der Studenten. Einige entwickelte Länder zeigten Verständnis für Chinas Position und seien in dieser Hinsicht kooperativ.

Es sei unbedingt erforderlich, so der Sprecher, daß den Auslandsstudenten eine Frist gesetzt würde, innerhalb derer sie in die Heimat zurückzukehren hätten. Dies bedeute keine Einschränkung, sondern liege im Interesse der entsendenden Institution, die für Ersatz zu sorgen habe, ebenso wie im Interesse der Studenten, damit sie ihr Studium fristgerecht abschließen. Die zeitliche Begrenzung des Auslandsstudiums gelte jedoch nicht für Selbstzahler. Im einzelnen richteten sich die Fristen nach den unterschiedlichen Studiensystemen in den jeweiligen Ländern und nach Erfahrungswerten. Für ein Doktorandenstudium in den USA beispielsweise sei eine Frist von fünf Jahren angesetzt, die nötigenfalls um ein Jahr verlängert werden könne. Die Praxis habe gezeigt, daß die meisten Studenten in der Lage seien, ihr Studium innerhalb der vorgeschriebenen Frist zu beenden. Wenn es zwingende Gründe für eine Verlängerung der Studiendauer gebe, könnten die Studenten einen Antrag auf Verlängerung stellen und die Genehmigung der entsendenden Einheit einholen. In diesem Zusammenhang erklärte der Sprecher, daß "postdoktorale Studien" nur gestattet würden, wenn sie in dem betr. Fach und für die entsendende Institution sinnvoll seien.

Zum Schluß nahm der Sprecher zu einem offenen Brief Stellung, den einige in den USA studierende Auslandsstudenten kürzlich verfaßt haben. In dem Brief hatten die Studenten die Einführung von Fristen kritisiert. Der Brief, so der Sprecher, sei offensichtlich ohne genaue Kenntnis der tatsächlichen Situation geschrieben worden und sei unpassend gewesen. Er hoffe sehr, daß die Studenten bei den Überlegungen hinsichtlich ihrer eigenen Entwicklung die Interessen des Staates an die erste Stelle stellten. (RMRB, 6.4.88)

Die Einführung von Fristen für die Studiendauer stößt bei den Auslandsstudenten auf heftige Kritik. Zwar waren Fristen auch in den "Vorläufigen Bestimmungen für das Auslandsstudium" vom Juni 1987 vorgesehen, doch scheint die Regierung die Fristen neuerdings ernster zu nehmen angesichts der geringen Rückkehrerquote. Bei den im westlichen Ausland Studierenden hat es sich eingebürgert, nach Erlangung des Doktorgrades noch "postdoktorale" Studien anzuhängen, um die Rückkehr zumindest hinauszuschieben. Dies wird jetzt nicht mehr ohne weiteres möglich sein. -st-

Außenwirtschaft

*(21) Auslandskredite für die Volksrepublik

Ende März 1987 bat die China Development Finance Comp., eine Tochtergesellschaft der Bank of China, Hongkonger Banken, einen Kredit in Höhe von 1,6 Mrd. HK\$ (205 Mio. US\$) mit einer Laufzeit von 10 Jahren zur Verfügung zu stellen. Die an diesem Konsortialkredit beteiligten Banken erklärten, die Kreditangebote hätten die Nachfrage übertroffen. In Hongkong wurde die Frage gestellt, was das Geheimnis der chinesischen Bank sei, wie sie es fertigbringe, daß ihre Kreditwünsche befriedigt würden? Die Antwort darauf lautet: "Furcht". Die meisten Banken wollen langfristige gute Beziehungen mit der Volksrepublik China im allgemeinen und mit der Bank of China im besonderen.

Alles was die Bank of China für diesen Kredit, der der günstigste jemals an Beijing vergebene Handelskredit ist, tun mußte, war, die Hongkonger Banken einander sich beflehen zu lassen. Die Bank of China holte ein Angebot einer Bank ein, bat sie zu warten und forderte dann andere Banken auf, bessere Konditionen zu bieten.

Der Konsortialkredit ist in drei Teile aufgespalten, der Zinssatz für alle Teile basiert jedoch auf HIBOR (Hongkong Interbank Offered Rate). HIBOR für Dreimonatskredite beträgt gegenwärtig ca. 4,5%.

500 Mio. HK\$ waren für japanische Banken reserviert, die Vorteil von einem chinesisch-japanischen Vertrag ziehen konnten, der die Steuern reduziert, die japanische Banken auf Zinseinkommen zahlen müssen. Obgleich die japanischen Banken nur eine Zinsrate von HIBOR plus 0,03125% erhalten, erhöhen die Steuereinsparungen die tatsächlichen Gewinne. Ein japanischer Bankier schätzte die Einnahmen auf HIBOR plus 0,9%. Dies sei attraktiv genug für japanische Banken.

Andere Banken werden 800 Mio. HK\$ zu einem Zinssatz von HIBOR plus 0,125% für die ersten fünf Jahre der Kreditlaufzeit zur

Verfügung stellen; für die letzten fünf Jahre steigt der Zinssatz auf HIBOR plus 0,1875%.

Die besten Bedingungen für die Bank of China sind mit dem letzten Teilbetrag in Höhe von 300 Mio. HK\$ verbunden. Für diesen Teilbetrag werden Zinsen von 0,6% über HIBOR für die ersten fünf Jahre gezahlt. Die Bank of China wird aber nur ein Maximum von 10% zahlen, und zwar auch dann, wenn die Zinsrate diese Marge überschreiten würde. Diese feste Zinsrate beunruhigt einige Bankiers, denn dieser Kredit würde Verluste für die Banken bedeuten, wenn die Marktzinsrate die 10% überschreiten würde.

Die Bank of China kann siebeneinhalb Jahre mit dem Gesamtkredit in Höhe von 1,6 Mrd. HK\$ arbeiten; die Rückzahlungen beginnen erst nach acht Jahren. Die Konsortialführer dieses Kredites sind die Banque Nationale de Paris, die Chase Manhattan Bank aus den USA, die Midland Bank aus Großbritannien und die Mitsubishi Bank von Japan. Über die anderen beteiligten Banken wurden keine Auskünfte erteilt.

Einige Banken nahmen es jedoch hin, den Zorn der Bank of China für die Nichtbeteiligung an diesem Kredit auf sich zu ziehen. So nahm z.B. die Hongkong & Shanghai Banking Corp. an dem Konsortialkredit nicht teil. Ein Sprecher dieser Bankengruppe erklärte, der Zinssatz sei extrem dünn, und man sei der Meinung, daß sogar die Bank of China dies nicht wert sei.

14 Banken, darunter 11 japanische, vergaben einen Kredit in Höhe von 54 Mio. US\$ an Beijing Liangmahe Towers Co., um ein Hotel sowie Büroräume in Beijing zu bauen. Die Laufzeit des Kredites beträgt neun Jahre und sechs Monate mit einer zinsfreien Periode von vier Jahren. Die Zinsrate beträgt 0,375% über LIBOR (London Interbank Offered Rate) für die ersten vier Jahre. Für das fünfte und sechste Jahr werden 0,5% über LIBOR bezahlt. Für die restliche Zeit wird die Zinsrate auf 0,625% über LIBOR ansteigen. Konsortialführer dieses Kredites ist Sanwa International Finance Ltd., die Hongkonger Filiale der Sanwa Bank.

Vor der Jahrestagung der Asian Development Bank (ADB) in Manila meldete die Volksrepublik große Kreditwünsche an. Der chinesische

Direktor der ADB, Li Dongqun, erklärte, daß die Volksrepublik über insgesamt sechs Projekte mit der ADB verhandele. Die gesamten Kreditwünsche der Volksrepublik belaufen sich auf über 400 Mio. US\$.

Die Volksrepublik verhandelt mit der ADB über folgende Projekte:

- Modernisierung eines Eisen- und Stahlwerkes im Werte von 110 Mio. US\$.
- 86,2 Mio. US\$ für eine Reifenfabrik,
- 40 Mio. US\$ für den Ausbau einer Chemiefabrik,
- 40 Mio. US\$ für eine Papierfabrik.

Zwei weitere Kredite, über deren Höhe keine Angaben gemacht wurden, stehen zur Diskussion.

Der Präsident der ADB, Mazao Fujioka, erklärte, daß die Chinesen sehr kooperativ und ganz effizient seien. Ein Problem bestehe jedoch darin, daß das Land eine zentral geplante Wirtschaft habe. Falls ein Projekt nicht in den Fünfjahrplan eingeschlossen sei, gebe es keinen Weg, es zu finanzieren. Es sei deshalb nicht leicht, passende Projekte zu finden. (AWSJ, 5.4., 13.4., 19.4., 28.4.1988; HB, 20.4.1988) -lou-

* (22)

Gesetz über Contractual Joint Ventures angenommen

Am 13. April 1988 nahm der VII. Nationale Volkskongreß das "Gesetz der Volksrepublik China über chinesisch-ausländische Contractual Joint Ventures" an. Mit dem Entwurf für dieses Gesetz wurde im Jahre 1980 begonnen. Seitdem wurde der Entwurf von vielen Experten diskutiert. Der Ständige Ausschuß des VI. Nationalen Volkskongresses hatte diesen Entwurf bereits geprüft und zweimal revidiert.

In Art. 1 wird der Zweck der Contractual Joint Ventures (Chinesisch: zhongwai hezuo jingying qiye oder kurz: hezuo qiye) genannt, nämlich die Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des technologischen Austausches mit dem Ausland.

In Art. 2 wird vorgeschrieben, was der Vertrag zur Gründung eines Contractual Joint Ventures (CJV) enthalten muß: Die Investition oder Bedingungen für die Zusammen-

arbeit, die Verteilung der Einnahmen oder Produkte, die Verteilung der Risiken oder Verluste, die Betriebsart und das Management sowie das Eigentum an den Vermögenswerten z.Z. der Beendigung des CJV.

Nach Art. 4 wird der Staat die Errichtung von produktiven CJVs, die exportorientiert oder technologisch fortgeschritten sind, ermutigen.

Art. 5 beschreibt die zur Gründung benötigten Dokumente und die Prüfungsprozeduren. Art. 6 beschreibt die Genehmigungs- und Registrationsprozeduren.

In Art. 8 wird festgelegt, daß die Einlagen für das CJV in Geld oder in Sachmitteln erfolgen können; es können auch Landnutzungsrechte, industrielle Eigentumsrechte, nicht-patentierbare Technologie oder auch andere Eigentumsrechte eingebracht werden.

Art. 12 handelt über die Leitungsgremien des CJV. Die Vorsitzenden des Aufsichtsrates bzw. des Vorstandes können jeweils von der ausländischen oder der chinesischen Seite gestellt werden. Die stellvertretenden Vorsitzenden sollen jeweils von der anderen Seite gestellt werden.

Im zweitletzten Artikel 27 wird bestimmt, daß detaillierte Ausführungsbestimmungen für dieses Gesetz von der für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel zuständigen Abteilung unter dem Staatsrat ausgearbeitet werden sollen.

Gerade die Ausführungsbestimmungen wurden von einer Gruppe von Managern aus Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Anteilen in Beijing gefordert. Diese Manager forderten auch, daß Gemeinschaftsunternehmen wie Joint Ventures behandelt werden sollen, insbesondere hinsichtlich der Besteuerung.

Solche Unternehmen sollten auch Entscheidungsgewalt hinsichtlich von Personalfragen haben, so Song Huaigui, der Hauptgeschäftsführer von Maxim's Restaurant in Beijing. Song erklärte, er habe keine Befugnis, einen Arbeiter anzustellen oder zu entlassen. Er habe einmal eine Kellnerin entlassen wollen, doch schließlich habe er diese Idee aufgegeben, da Leute von oben immer wieder für sie eingetreten

seien. Ein weiterer Kritikpunkt bestand darin, daß die Unternehmen durch Funktionäre verschiedener Behörden belästigt würden. Falls sie nicht reichlich mit gutem Essen und Trinken versorgt würden, machten sie Schwierigkeiten. Des Weiteren wurde auf die langwierigen bürokratischen Prozeduren hingewiesen.

Gegen Ende des Jahres 1987 hatte die Volksrepublik 5.193 CJVs genehmigt. Die gesamten Investitionen betragen 12,2 Mrd.US\$. Die genutzten ausländischen Mittel beliefen sich auf 3,38 Mrd.US\$. (XNA, 6.4. und 27.4.88; TKB, 28.4.88) -lou-

***(23)
Ölgesellschaften können Verluste kompensieren**

Ausländische Ölgesellschaften, die sich an der Ölförderung in der Volksrepublik beteiligen, können jetzt Verluste kompensieren, wenn sich herausstellt, daß ihre Bemühungen erfolglos sind. Nach einem Dokument, das vom Allgemeinen Besteuerungsamt des Ministeriums der Finanzen kürzlich herausgegeben wurde, können die Ausgaben für ein gescheitertes Projekt direkt mit der Summe des zu versteuernden Einkommens von anderen gewinnbringenden Projekten verrechnet werden. Voraussetzung ist, daß die Ölgesellschaft weiterhin ein Büro in China unterhält.

Wenn eine ausländische Ölgesellschaft, die Explorationsarbeiten betreibt, ihren einzigen Vertrag auflöst, doch innerhalb der nächsten zehn Jahre einen neuen Vertrag abschließt, so können die Ausgaben aus dem gescheiterten Projekt vortragen und mit den Einkommen aus dem neuen Vertrag verrechnet werden, so daß sich das zu versteuernde Einkommen reduziert. Die Amortisationszeit soll jedoch nicht weniger als ein Jahr betragen.

Wie ein Sprecher des Steueramtes mitteilte, soll die neue Regelung, die Teil der Öffnungspolitik der Volksrepublik ist, dazu beitragen, die Risiken für ausländische Investoren zu reduzieren und sie zu ermutigen, ihre Projekte in der Volksrepublik auszuweiten.

Die Volksrepublik begann im Jahre 1979 damit, ausländische Ölgesellschaften einzuladen, an Offshore-Ölexplorationsprojekten teilzunehmen. Im Jahre 1985 erfolgte die

Öffnung für Onshore-Projekte in Südchina. 45 ausländische Ölgesellschaften haben Verträge für die Offshore-Förderung und vier für die Onshore-Förderung unterzeichnet. Während der letzten Jahre sind eine Anzahl von Öl- und Gasfeldern mit guten Aussichten gefunden worden, es gibt aber ebenso einige Gebiete, die sich als wertlos erwiesen haben.

Um die ausländischen Investoren zu ermutigen, hatte die chinesische Regierung bereits früher Steuern und Lizenzgebühren auf deren Einnahmen ermäßigt. Die neue Regelung trat am 1. April 1988 in Kraft, sie gilt für bestimmte Verträge auch rückwirkend.

Dieser neue Schritt des Finanzministeriums ist wohl ein deutlicher Beleg dafür, daß die Erfolge der Ölgesellschaften nicht den Erwartungen entsprechen. Die günstigeren Bedingungen sollen einige Ölgesellschaften davon abhalten, ihre Förderungsprojekte in der Volksrepublik zu beenden. (XNA, 28.4.88) -lou-

***(24)
Französisch-chinesische Geschäftsbeziehungen expandieren**

Im Rahmen des jährlich erneuerten Finanzprotokolls gewährte die französische Staatskasse der Volksrepublik China für 1988 einen Kredit in Höhe von 1,3 Mrd.FF zu einem nichtgenannten, aber als sehr günstig bezeichneten Zinssatz. Die Mittel sollen die Erteilung von Aufträgen für Großprojekte in den Bereichen Energie, Chemie, Elektronik und Lebensmittelindustrie begünstigen. Der Kredit dient u.a. der teilweisen Finanzierung eines der Gruppe Alstom erteilten Auftrages von 1,6 Mrd.FF für ein Wärmekraftwerk mit zwei Anlagen zu je 350 MW. Zum erstenmal wird in der Volksrepublik China Magerkohle verwendet, deren Verbrennung eine besondere Technologie erfordert.

Ebenfalls im Rahmen des Finanzprotokolls wurde die Engineeringfirma Technip mit der Errichtung einer Produktionseinheit für Äthylenoxid mit einer Kapazität von 50.000 t beauftragt. Verwendung findet ein Verfahren des Ölkonzerns Shell. Neben der Verantwortung für die Errichtung der Anlage und für ihre Inbetriebnahme liefert Technip die Lizenz. Der Auftragswert beläuft sich auf rd. 300 Mio.FF.

1987 sagte Frankreich der Volksrepublik China einen Kredit über 1,65 Mrd.FF zu, der jedoch nur teilweise ausgeschöpft wurde. Verschiedene größere Projekte, wie ein Aluminiumwerk, die Modernisierung der Untergrundbahn von Beijing, eine große Kläranlage und die Ausstattung von Krankenhäusern, befinden sich noch in der Schwebe. Insgesamt wurden 1987 Großaufträge für lediglich 1,5 Mrd.FF unterzeichnet. In den ersten beiden Monaten 1988 beliefen sich die Auftragseingänge aus der Volksrepublik China bereits auf 3 Mrd.FF. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch einen Überschub der Volksrepublik China im bilateralen Handel mit Frankreich in Höhe von 1,5 Mrd.FF im Jahre 1987. Während sich die französischen Exporte in die Volksrepublik China 1987 um 10% auf 5 Mrd.FF erhöhten, nahmen die Importe um 34% auf 6,5 Mrd.FF zu.

Der Konzern Lyonnaise des Eaux erhielt den ersten Auftrag einer chinesischen Kommune für die Ausstattung eines Wasserwerks mit einer Tageskapazität von 600.000 m³. Die Vertragsverhandlungen dauerten nur wenige Monate. Bisher waren für die Konkretisierung der Projekte häufig mehrere Jahre fällig. Die kurze Frist erklärt sich durch den dringenden Bedarf der Dreimillionenstadt Xi'an. Die französische Gruppe führt Verhandlungen mit fünf weiteren chinesischen Städten.

Die Firma Pomagalski liefert zwei Drahtseilbahnkabinen für die Große Mauer. Sie werden in einem Dorf, 40 km von Beijing entfernt, das jährlich fast 5 Mio. Besucher zählt, installiert. Der Auftragswert beläuft sich auf 50 Mio.FF, von denen 23 Mio. für das aus Frankreich importierte Material benötigt werden.

Air France vereinbarte mit der nationalen französischen Fluggesellschaft die gemeinsame Nutzung einer Boeing 747 für den Frachtverkehr zwischen Paris und Shanghai. Die VR China beauftragte ferner den französischen Partner mit dem Unterhalt aller seiner Boeing 747-Maschinen. (NfA, 31.3.1988) -lou-

***(25)
Occidental Petroleum unterzeichnet zwei neue Projektverträge trotz Schwierigkeiten**

Ende März 1988 sandte G.J. Gombos, der Präsident von Island Creek of China Coal Ltd., eines Joint Ventures der Occidental Petroleum

Corp. mit China, einen Brief an die Bank of America Asia Ltd., Konsortialführer eines Kredites in Höhe von 475 Mio.US\$ für dieses Projekt. In diesem Brief schilderte Gombos die mannigfaltigen Schwierigkeiten, die das Joint Venture hat.

Eine wesentliche Schwierigkeit besteht darin, daß das Joint Venture und seine ausländischen Bankiers es mit zwei unterschiedlichen Arten von chinesischen Partnern zu tun haben. Die erste Art von Partnern waren die Leute von der Bank of China, die mit den Ausländern über die finanzielle Struktur des Projektes verhandelten. Nach der Unterzeichnung des Projektvertrages kam eine zweite Art von chinesischen Funktionären auf die Bühne, nämlich solche, die mit Marketing und Transport der Kohle zu tun haben. Die China National Coal Import + Export Corp. hatte sich verpflichtet, Kohle für Exportzwecke von Island Creek zu einem festen Preis abzunehmen. Im Januar 1988 hatte die Kohlegesellschaft erklärt, der Kohlepreis sei nicht mehr akzeptabel. In der Tat waren die Kohlepreise auf dem Weltmarkt gefallen.

Mit Gesamtinvestitionen von mehr als 750 Mio.US\$ ist dieses Joint Venture das größte in der Volksrepublik. Island Creek hält 50% der Anteile des Joint Ventures. Die Anteile von Island Creek gehören zu 50% der Occidental Petroleum Corp. und zu 50% der Bank of China Trust + Consultancy Corp., einer Tochter der Bank of China. Auf diese Weise hat Occidental Petroleum Corp. einen Anteil von 25% an dem Zechenprojekt. Die restlichen 50% an diesem Projekt teilen sich die China National Coal Development Corp. und die China International Trust + Investment Corp. Die Kohleexportgesellschaft und die Kohleentwicklungsgesellschaft unterstehen demselben Ministerium, die formalen und informellen Informationen laufen jedoch über unterschiedliche Kanäle.

Neben dem Preisproblem listete Gombos weitere Punkte auf:

- Die Exportgesellschaft habe versucht, Kohle zu verkaufen, ohne eine Kreditbrief dafür zu erhalten. Dies war im Vertrag vorgesehen, und Island Creek weigerte sich, solche Verträge zu akzeptieren.
- Die Exportgesellschaft ernannte Agenten in Asien und Europa, ohne Island Creek zu konsultieren.

- Die Exportgesellschaft stellte Eisenbahnwaggon zur Verfügung, die nicht den benötigten Spezifikationen entsprachen.

1988 können auf der Antaibao-Zeche in der Provinz Shanxi nur 6,6 Mio. t gereinigter Kohle produziert werden, obwohl die Zeche für 12 Mio. t pro Jahr ausgelegt ist. Island Creek hatte nicht, wie vorgesehen, gewisse Vorauszahlungen für Eisenbahn- und Hafengebühren an die Exportgesellschaft gezahlt. Der Grund dafür sei, daß die Exportgesellschaft Island Creek verpflichtet habe, mit drei unterschiedlichen Ämtern zu verhandeln. Unter solchen Umständen könnten Vorauszahlungen zu Überzahlungen führen.

Unter den 39 Banken, die an dem Konsortialkredit für Antaibao in Höhe von 475 Mio.US\$ beteiligt sind, machte sich, wie in Hongkong zu erfahren war, wegen der Schwierigkeiten Nervosität breit.

Trotz aller dieser Schwierigkeiten war der Vorsitzende von Occidental Petroleum Corp., der 89jährige Armand Hammer, optimistisch. Er hielt die Schwierigkeiten für Anfangsschwierigkeiten und fügte hinzu, wenn die Zeche die volle Kapazität erreiche, werde sie auch bei den gegenwärtigen Preisen gewinnbringend arbeiten können. Am 25.4.1988 unterzeichnete Hammer einen Vertrag für ein neues Joint Venture, das Kohle für Exportzwecke und für die Verwendung in einer inländischen Kokerei reinigen soll. Chinesische Funktionäre teilten mit, daß dieses Projekt einen Wert von 18,5 Mio.Yuan habe. Der Anteil von Occidental an diesem Projekt beträgt 33%. Occidental kann möglicherweise trotz dieses geringen Anteils die Kontrolle über das neue Projekt ausüben, und zwar aufgrund seiner Verbindungen mit China Kanghua Development Corp., einer im Dezember 1987 neu geformten Investitionsgesellschaft.

Hammer unterzeichnete einen weiteren Vertrag, ein Lizenzabkommen, das chinesischen Einheiten die Möglichkeit gibt, das Know-how von Occidental für die Herstellung von Phosphorsäure zu nutzen. (AWSJ, 15./16.4. und 26.4.1988; Financial Times, 28.4.1988) -lou-

*(26)

Dänische Ingenieur-Firma plant erste chinesische Autobahn

Zusammen mit dem dänischen Straßenverkehrsamt wird eines der führenden Unternehmen Dänemarks für die Planung von Bauprojekten, die Kampsax A/S, die erste vierspurige Autobahn in der Volksrepublik China planen und deren Bau überwachen. Dabei handelt es sich um einen 142 km langen Streckenabschnitt zwischen Beijing und der Hafenstadt Tanggu, der etwa umgerechnet 365 Mio.DM kosten soll. Kampsax erhielt den Auftrag gegen internationale Konkurrenz, u.a. aus Frankreich und den USA.

Für die Planung der Autobahn, die u.a. 52 Brücken überspannen wird und für Temperaturen von -25 bis +40 Grad ausgelegt sein muß, soll Kampsax rd. 20 Mio.Dänische Kronen (ca. 5,2 Mio.DM) erhalten. Das gesamte Projekt wird über einen Kredit der Weltbank finanziert und soll innerhalb von 30 Monaten nach Baubeginn abgeschlossen sein.

Kampsax hatte schon in früheren Jahren Teilaufträge beim Ausbau des Hafens von Guangzhou und der Erweiterung des Abwassersystems von Shanghai erhalten. Die Firma hofft nun auf Folgeaufträge für den chinesischen Straßenbau, da nach offiziellen Angaben das Land über mehr als 1 Mio. km Straßen und Wege verfügt, die nur zu höchstens 10% geteert sind. Die Verbesserung des chinesischen Straßennetzes ist nach Auffassung von Kampsax vor allem deshalb notwendig, weil sich der Kraftfahrzeugbestand des Landes im nächsten Jahrzehnt vervielfachen dürfte. (NfA, 15.4.1988) -lou-

Binnenwirtschaft

*(27)

Neuer Präsident der Volksbank und Auseinandersetzungen um das Schuldenmanagement

Während des Nationalen Volkskongresses wurden Stimmen laut, die eine wirklich unabhängige Zentralbank forderten. Diese werde benötigt, um die Periode der exzessiven Geldemission und der mangelnden Kontrolle der Inflation zu beenden.